

Einige Beiträge zur Stadtentwicklung

Bielefeld 2000plus – Forschungsprojekte zur Region

Herausgegeben von Prof. Dr. Joachim Frohn
(Universität Bielefeld, Fakultät für Wirtschaftswissenschaften)
Karsten Gebhardt
(Vorstandsvorsitzender Bielefelder Konsens: Pro Bielefeld e.V.)

Diskussionspapier Nr. 15
Juni 2000

Einige Beiträge zur Stadtentwicklung

Bielefeld 2000plus – Forschungsprojekte zur Region

Herausgegeben von Prof. Dr. Joachim Frohn
(Universität Bielefeld, Fakultät für Wirtschaftswissenschaften)
Karsten Gebhardt
(Vorstandsvorsitzender Bielefelder Konsens: Pro Bielefeld e.V.)

Diskussionspapier Nr. 15 Juni 2000

Adressen: Universität Bielefeld
 Postfach 10 01 31
 33501 Bielefeld
 Tel.: 106 - 48 73
 Fax: 106 - 64 25
 email: jfrohn@wiwi.uni-bielefeld.de

Evangel. Johanneswerk e.V.
Schildescher Str. 101
33611 Bielefeld
Tel.: 80 12 130
Fax: 80 12 150

VORWORT

In dieser Reihe sollen in zwangloser Folge Projektberichte publiziert werden, die entweder in einem engen regionalen Bezug zu Bielefeld stehen oder aber regionenübergreifende zukunftsweisende Themen ansprechen.

Diese Veröffentlichungen sind Teil des langfristig angelegten Projektes „Bielefeld 2000plus“, das sich mit den Zukunftsperspektiven der Region beschäftigt und gemeinsam vom Verein „Bielefelder Konsens: Pro Bielefeld e.V.“ und der Universität Bielefeld getragen und von der Stadt Bielefeld nachhaltig unterstützt wird. Im Herbst 1997 sind hierfür mehrere Arbeitsgruppen für die Bereiche Wirtschaft, Stadtentwicklung, Umwelt, Kultur, Bildung, Wissenschaft und Gesundheit eingerichtet worden, in denen Wissenschaftler der Universität Bielefeld gemeinsam mit Vertretern verschiedener Institutionen und Organisationen der Stadt Bielefeld Fragestellungen bearbeiten, die die Zukunftsfähigkeit der Region betreffen.

Wir danken allen, die das Projekt unterstützt und die Herausgabe dieser Diskussionsarbeitsreihe finanziell gefördert haben.

Bielefeld, Oktober 1997

Prof. Dr. J. Frohn (Universität Bielefeld)

K. Gebhardt (Bielefelder Konsens: Pro Bielefeld e.V.)

Inhaltsverzeichnis der Vorträge

Prof. Dr. Barbara Mettler-von Meibom, Universität Essen
Durch Bürgerbeteiligung Konsensentwicklung in der Stadtplanung und Stadtentwicklung?
(Vortrag am 21.6.2000 im Rahmen des Kolloquiums Bielefeld 2000plus – Forschungsprojekte zur Region)

Wolfgang DuBois, Stadtbaurat, Stadt Bielefeld
Neue kooperative Ansätze der Stadtplanung in Bielefeld
(Vortrag am 21.6.2000 im Rahmen des Kolloquiums Bielefeld 2000plus – Forschungsprojekte zur Region)

Prof. Dr. Wolfgang Krohn, Universität Bielefeld
Bürgerbeteiligung und öffentliche Aufgaben
(Exkursion am 13.6.2000 zum Thema „Stadtentwicklung in Bielefeld“)

Dr. Werner Hennings, Oberstufen-Kolleg Bielefeld
Bedeutung öffentlicher Plätze im Wandel der Zeit
(Exkursion am 13.6.2000 zum Thema „Stadtentwicklung in Bielefeld“)

Georg Borchert, Landschaftsarchitekt
Die historische Entwicklung des Kesselbrinks
(Exkursion am 13.6.2000 zum Thema „Stadtentwicklung in Bielefeld“)

Odo Hillenhirchs, Architekt
Projekt Kesselbrink
(Exkursion am 13.6.2000 zum Thema „Stadtentwicklung in Bielefeld“)

Dr. Godehard Franzen, SPD-Fraktion, Stadt Bielefeld
Ausblick auf die weitere Gestaltung des Kesselbrinks
(Exkursion am 13.6.2000 zum Thema „Stadtentwicklung in Bielefeld“)

Dr. Rosa Rosinski, Historisches Museum Bielefeld
Die Ravensberger Spinnerei
(Exkursion am 13.6.2000 zum Thema „Stadtentwicklung in Bielefeld“)

Durch Bürgerbeteiligung Konsensbildung in der Stadtplanung und Stadtentwicklung?

Die Frage, ob Bürgerbeteiligung eine Konsensbildung in der Stadtplanung und Stadtentwicklung unterstützen kann, möchte ich in fünf Schritten aufgreifen:

- Warum sind die neueren bürgerorientierten Planungsverfahren notwendig?
- Was ist erforderlich, damit sie gelingen?
- Das Beispiel Perspektivenwerkstätten
- Gefährdung und Herausforderungen

Warum sind die neueren bürgerorientierten Planungsverfahren notwendig?

Bürgerorientierung und Bürgerbeteiligung scheinen Hochkonjunktur in der Stadtplanung und Stadtentwicklung zu genießen. Dies geschieht nicht zufällig. Vielmehr hat sich in den letzten Jahren zunehmend das Wissen herausgebildet, dass herkömmliche Verfahren der Stadtplanung und Stadtentwicklung nicht zu den gewünschten Ergebnissen führen. Sie sind langwierig, schwerfällig, können den komplexen Anforderungen nicht gerecht werden und binden die Erwartungen und den Sachverstand von Bürgern und Bürgerinnen nur unzureichend ein.

Von daher versucht man an vielen Orten, neue Planungsverfahren zu entwickeln und anzuwenden, die bei wichtigen Anliegen der Stadt die Konsensbasis verbreitern sollen. Die Verfahren reichen hinsichtlich Ansatz und Aufwand von kleinen punktuellen Maßnahmen bis hin zu Beteiligungsformen, die sich auf die Entwicklung einer Gesamtstadt richten. Stellt man sich eine Skala je nach Aufwendigkeit des Verfahrens vor, so wären am unteren Ende punktuelle moderierte Verfahren wie Runde Tische zur Einbeziehung von Betroffenen in Entscheidungsprozesse zu sehen, während am anderen Ende der Skala aufwendige Planungsverfahren wie die Zukunftskonferenzen (<http://www.zukunftskonferenz.de>) oder Perspektivenwerkstätten anzusiedeln sind (vgl. z.B. <http://www.perspektivenwerkstatt-essen.de>)

Die *Anlässe*, warum Kommunen einen mutigen Schritt in Richtung Verfahrensinnovation betreiben, können sehr unterschiedlich sein. So kann z.B. am Anfang ein *massiver Konflikt* stehen, der die Menschen in einer Stadt bewegt. Einen solchen Fall gab es in Essen, als die regierende SPD eine unpopuläre Entscheidung im Hinblick auf den Neubau einer Philharmonie fällte und innerhalb von sehr kurzer Zeit ca. 90.000 Unterschriften für die Anstrengung eines Bürgerbegehrens gegen diesen Plan gesammelt wurden. In dieser verfahrenen Situation eine Perspektivenwerkstatt durchzuführen, die eine gemeinsame Konsensplattform auszuloten versuchte, schien daher ein sinnvolles Unterfangen. Auch *strukturelle Defizite*, die große synergetische Anstrengung erfordern, können Bürgerbeteiligung nahe legen, so z.B. wenn es um die Besiedelung einer großen Gewerbebrache oder um die Entwicklung eines freigezogenen Kasernengeländes geht. Aber auch räumlich begrenzte Anlässe, wie z.B. die Bepflanzung einer Straßenbahntrasse, die ein Stadtviertel stark betrifft, kann sich für die Abfolge von mehreren moderierten Runden Tischen eignen, um zu einer gemeinsamen Vorstellung zu gelangen. Was immer der Anlaß sei, die Verfahren

werden angestrengt, damit man aus schwierigen oder verfahrenen Situationen herauskommt und durch die Bürgerbeteiligung zu einer Verbreiterung der Konsensbasis und damit Handlungsfähigkeit gelangt.

Was ist erforderlich, damit sie gelingen?

Wer sich darauf einlässt, Bürgerbeteiligung einzuladen und anzustossen, muss eine Reihe von Erfolgsbedingungen beachten.

1. Wichtig ist ein klarer Wille bei den Verantwortlichen, ein solches Vorhaben durchzuführen. Da bei jeder Art von Prozessinitiierung unbekanntere Entwicklungen eintreten können, hilft dieser klare Wille, das Projekt auch durch Schwierigkeiten sicher hindurch zu führen.
2. In bürgerorientierten Planverfahren sollte einerseits der Sachverstand der Anlieger und Anwohner zum Tragen kommen, die über die intensivste Ortskenntnis verfügen und insofern *Fachleute vor Ort* sind. Es sollte darüber hinaus jedoch eine intensive Kooperation mit den *Fachleuten der planenden Verwaltung und weiteren stake-holders* hergestellt werden, so dass sich mehrfache Synergieeffekte ergeben: zwischen Experten und "Laien" und die zwischen den Experten selbst. Damit erhöht sich die wechselseitige Chance, unterschiedlichen Sichten, Interessen, Fachkompetenzen und Perspektiven kennen zu lernen und miteinander ins Gespräch zu bringen. Dies kann zur Basis von integrierten Visionen und Konzepten werden, die vom Konsens und den kurzen Kommunikations- und Informationswegen der Akteure profitieren.
3. Für eine effiziente Durchführung von Bürgerbeteiligung bedarf es in der Regel eines professionellen Managements durch Personen, die gelernt haben, mit Kommunikationsprozessen, ihrer Initiierung, ihrer Verstetigung und ihrer Kanalisierung umzugehen. Es gibt inzwischen Beratungseinrichtungen am Markt, die z.T. hervorragende Arbeit leisten. Die Verwaltung scheut sich bislang jedoch vielfach, hierfür Geld auszugeben, da Kommunikation als etwas Selbstverständliches angesehen wird. Die Erfahrungen zeigen gleichwohl, dass das *qualifizierte Managen von Kommunikation* sehr viel Know-how und Fingerspitzengefühl verlangt. Dies betrifft sowohl die Methoden und die Verfahren als auch und insbesondere den Umgang mit den Menschen selbst. Fachkompetenz einzuwerben kostet Geld und rentiert sich durch die erweiterten Handlungsspielräume, die Verfahrensbeschleunigung und die Effizienzsteigerung im Projektverlauf.
4. Bürgerbeteiligung verlangt eine sorgfältige kommunikative Vor- und Nachbereitung. Die Planung und Handhabung dieser Prozesse sollte in enger Abstimmung mit den professionellen Kommunikationsberatern durchgeführt werden. Ziel der Vor- und Nachbereitung ist es:
 - eine breitere Beteiligung von Bürgern und Fachleuten zu ermöglichen,
 - eine Kommunikationspolitik vorher, begleitend und nachher zu initiieren und damit die Möglichkeiten des Prozesses und seine Ergebnisse in angemessener Weise in die Bevölkerung hinein zu kommunizieren.

Geschieht dieses nicht, so wird es nicht zu umgehen sein, dass sich innerhalb von kurzer Zeit erhebliche Frustrationserfahrungen breitmachen.

5. Wesentliche Erfolgsbedingung für Bürgerbeteiligung ist ein gutes *Timing*, d.h. Kommunikation, Motivierung und Initiierung setzen voraus, dass man *das Richtige zum richtigen Zeitpunkt* tut, um den Prozess gut auf den Weg zu bringen und – ganz entscheidend – auch gut am Laufen zu halten. Nur so lassen sich die Früchte der Bürgerbeteiligung auch wirklich einsammeln. Wird dem rechten Timing nicht die nötige Aufmerksamkeit gegeben, dann kann es leicht passieren, dass man einen interessanten Prozess zwar initiiert hat, die Ergebnisse aber verschenkt.
6. Schließlich und endlich ist es wichtig, rechtzeitig dafür Sorge zu tragen, dass eine angemessene organisatorische Plattform für die Implementationsstrategie zur Verfügung steht oder geschaffen wird. Was nützt es, wenn Bürgerbeteiligung durchgeführt wird, aber hinterher keine Strukturen existieren, um die aufbrechende Initiative auch entsprechend zu kanalisieren? So sollte z.B. am Ende einer Perspektivenwerkstatt ein organisatorisches Gerüst in Sicht sein, um den weiteren Entwicklungsprozess voranzutreiben. Dies muss nicht notwendigerweise eine Einrichtung oder eine Task Force der öffentlichen Verwaltung sein. Es kann auch eine private Entwicklungsgesellschaft oder eine Organisation in Public-private-partnership sein.
7. Wichtig ist, dass diese organisatorische Plattform auch einen anhaltenden Kontakt zur Bevölkerung bzw. zu denen aufrecht erhält, die in den Planungsprozess eingebunden waren.

Wenn bei der Durchführung bürgerorientierter Planverfahren solche Erfolgsbedingungen angemessen berücksichtigt werden, dann ergeben sich positive Effekte, die nicht hoch genug bewertet werden können:

- Für das Plangebiet (Kommune, Stadtteil oder definiertes Plangebiet) entstehen durch die integrierte Vision, wohin denn die Reise gehen soll, neue Entwicklungschancen auf ökonomischem, ökologischem und sozialem Gebiet. Denn wenn es gelingt, eine Vision zu formulieren und bildlich darzustellen, die von der Bevölkerung, Fachleuten und Stake-holders in ihren Grundzügen mitgetragen wird, dann entsteht ein günstiges Investitionsklima. Die weichen Standortfaktoren verbessern sich und die verantwortlichen Akteure wirken effizienter bei der Umsetzung ihrer Vorstellungen zusammen. Gerade für Investoren ist dies von besonderer Bedeutung.
- Zum anderen wird das Image des Projektes deutlich aufgewertet und eine höhere Identifikation mit dem Projekt erzielt. Dieser Image- und Identifikationsgewinn lässt sich auf allen Ebenen beobachten: bei den BürgerInnen und bei Politik und Verwaltung. Dadurch wächst die Strahlkraft einer Stadt nach innen und nach aussen.
- Zum dritten konnten wir in unserer Arbeit feststellen, dass die Zufriedenheit bei den Akteuren in der Verwaltung ebenfalls zunimmt. So ist gerade die Tatsache, dass man sich mit einem interessanten innovativen Projekt beschäftigen kann und Wege findet, wie man quer zu den eher behäbigen und langsamen

Verwaltungsstrukturen effizient arbeiten kann, ein Motivationsschub für die Mitarbeiter und setzt Maßstäbe für weitere Verfahren.

Das Beispiel Perspektivenwerkstätten

Das Verfahren, von dem ich im folgenden kurz berichten möchte, sind die Perspektivenwerkstätten, wie sie inzwischen von dem Team rund um John Thompson & Partners aus London mehrfach in Deutschland durchgeführt worden sind (vgl. u.a.: <http://www.perspektivenwerkstatt-essen.de>; Stadt Essen: Perspektivenwerkstatt Berliner Platz, Essen 1999; Stadt Essen: Perspektivenwerkstatt Burgplatz, Essen 2000; Stadt Leverkusen: Neue Bahn-Stadt-Opladen, Leverkusen 2000; <http://www.opladen.com/pers/inhaltpers.htm>;). Startpunkt der jüngsten Perspektivenwerkstatt in Opladen waren Überlegungen der Bahn, Teile ihres Geländes abzustossen, da die Bahn heutzutage auf weniger Fläche für Gleisanlagen angewiesen ist als in der Vergangenheit. Um zu verhindern, dass ungeordnete städtebauliche Strukturen entstehen, wurde auf Empfehlung des Ministeriums eine Perspektivenwerkstatt durchgeführt, die eine integrierte Vision für die Entwicklung des Gesamtgeländes erarbeiten sollte.

Eine Perspektivenwerkstatt umfasst üblicherweise einen Zeitraum vom 4-6 Monaten Vorbereitung, eine Durchführung der Werkstatt an 6 aufeinanderfolgenden Tagen und eine Nachbereitung, die wiederum 4-6 Monate dauert.

Im Vorfeld einer Werkstatt geht es darum, möglichst viele Akteure im städtischen Raum für das Anliegen der Werkstatt zu interessieren. Dabei gibt es vielfältige Methoden. Unter anderem wird ein *Unterstützerkreis* eingerichtet, der alle relevanten Stakeholders einbezieht und in dem konkrete Aktivitäten zur Unterstützung der Werkstatt eingeworben werden, seien es personeller, sächlicher, finanzieller oder ideeller Art. Daneben wird eine *Steuerungsgruppe* als eine Untergruppe des Unterstützerkreises gebildet, in der sich die wichtigsten Akteure der Stadtverwaltung und weitere Schlüsselpersonen für den Prozess wiederfinden. Deren Aufgabe ist es, den Prozess im Detail zu verantworten. Schließlich und endlich betreibt man eine intensive *Öffentlichkeits- und Pressepolitik*, um im Vorfeld der Werkstatt möglichst viele Menschen in der Stadt auf das Ereignis aufmerksam zu machen, so dass eine rege Beteiligung erreicht werden kann.

Die eigentliche Werkstatt beginnt an einem Donnerstag mit einem sogenannten *Teambriefing*, in dem das auswärtige Team über die wesentlichen Rahmenbedingungen informiert wird. Hier kommen die breitgestreuten Vorarbeiten zum Tragen: Expertisen, Diskussionen in kleinen Zirkeln, Klärungen von Standpunkten usw. Diese können nun gebündelt und konzentriert dem auswärtigen Team zur Kenntnis gebracht werden; ausserdem bilden sie die Grundlage für die spätere Dokumentation. Das Teambriefing schliesst auch eine Begehung des Geländes ein, so dass eine unmittelbare Ortskenntnis entsteht.

An dem folgenden Freitag und Samstag sind die beiden *öffentlichen Tage*. Alle sind eingeladen teilzunehmen: die Bevölkerung, Fachleute der Stadtverwaltungen, sowie Investoren und Interessenvertreter aller Art. In moderierten Gesprächsrunden sind sie

aufgefordert, sich intensiv an den Diskussionen über die Zukunft des Geländes zu beteiligen. Dabei werden im wesentlichen folgende Formen gewählt.

- Zuerst geht es darum, in 6-8 kleinen Arbeitsgruppen, die einen ähnlichen Charakter wie *Zukunftswerkstätten* haben, Themen zu diskutieren, die vorher vom Unterstützerkreis als wesentlich identifiziert worden sind. Dabei werden *Probleme, Träume und Lösungen* erfragt. Hinzu kommen weitere Jugendworkshops. Präsentiert werden die Ergebnisse jeweils im Plenum, und zwar immer durch Vertreter der Teilnehmer, nicht durch Vertreter des auswärtigen Teams. Diese Präsentationen dienen wiederum als Grundlage für die spätere Dokumentation.
- Die zweite wichtige Form, wie Ergebnisse gemeinsam erarbeitet werden, sind die sogenannten *Planungstische* oder "*Hands on Planning*" in Verbindung mit Ortsbegehungen. Dabei handelt es sich um Tische mit Plänen des Planungsgebietes in unterschiedlichen Maßstäben, die jeweils mit durchsichtigem Papier bedeckt sind und um die herum sich themenzentrierte Gruppen bilden. Aufgabe ist es, konkrete Aspekte des Plangebietes gemeinsam zu erarbeiten und auf den Plänen sichtbar zu machen. Dies geschieht entweder in Verbindung mit entsprechenden Ortsbegehungen, um die Situation noch genauer zu kennen oder die Gruppen starten gleich als mobile Planungsgruppen, die erst nach einer Ortsbegehung zu den Tischen kommen und ihre Überlegungen auf den Plänen visualisieren. Der besondere Vorteil dieses Verfahrens ist, dass konkrete Wahrnehmungsarbeit geleistet und konkret am Beispiel gearbeitet wird. Vielfach lernen hier die Beteiligten ihre Stadt völlig neu zu sehen. Diese Planungstische sind um so interessanter und ertragreicher, je vielfältiger der Personenkreis, der um sie versammelt ist. Auch hier findet eine Präsentation der Ergebnisse im Plenum statt.
- Ergänzt wird dies durch erste Überlegungen für einen *Konsensplan* sowie durch einen *Strategieworkshop*, die entsprechend dem Prozessverlauf zusätzlich durchgeführt werden.

Am Abend des zweiten öffentlichen Tages beginnt die *teaminterne Arbeitsphase*. Von Samstagabend bis zum Dienstagabend entwickelt das auswärtige Team eine *Vision als Synthese aus den rund 20-30 unterschiedlichen Gruppenergebnissen*. Möglich wird ein solcher Konsensplan alleine darum, weil - wie die Erfahrungen zeigen - die Konsensbasis viel breiter ist, als man normalerweise annimmt.

Das Verfahren der Perspektivenwerkstätten, wie es von dem Team um John Thompson und Partners aus London durchgeführt wird, endet in der Regel mit einer *Abschlußpräsentation* an dem Dienstagabend. Dabei wird der gesamte Prozess ebenso wie die Vision in Dias gezeigt, die während der Werkstattphase entstanden sind. Eine *Ausstellung* im Foyer sowie ein *Berichtsband*, der in den nachfolgenden zwei Wochen zusammengestellt wird, komplettieren die Ergebnisse.

Nach dieser zweiten Phase, der eigentlichen Perspektivenwerkstatt, beginnt die *Follow-up- und Implementationsphase*. Sie wird eröffnet durch *Gremiensitzungen* von Steuerungsgruppe und Unterstützerkreis, um den Prozess und die Diskussionen am Laufen zu halten. Dabei wird ein regelmäßiger Modus der weiteren Sitzungen vereinbart. Die schriftliche *Dokumentation*, die ca. 6 Wochen nach Abschluss der

Werkstatt gedruckt vorliegt, kann als wichtiges Instrument für den weiteren internen und externen Abstimmungsprozess sowie für den Entwicklungsprozess und den Kontakt mit potentiellen Investoren dienen.

Solche Perspektivenwerkstätten werden in Deutschland erst seit wenigen Jahren durchgeführt. Die Umsetzung ihrer Ergebnisse dauert naturgemäß mehrere Jahre, z.T. Jahrzehnte. Insofern kann man hierzulande noch wenig der konkreten Umsetzung besichtigen. Gleichwohl lässt sich bereits jetzt bei den drei letzten in 1999 und 2000 durchgeführten Werkstätten feststellen, dass in jeder dieser Kommunen konkrete Schritte unternommen worden sind, um die Planung möglichst zügig zu realisieren. So wurde z.B. in Essen eine Entwicklungsgesellschaft für das Gelände am Berliner Platz gegründet, die das Gelände kaufen und vermarkten will; erste Investorenprojekte liegen im Modell vor. In Opladen wurden bereits wenige Wochen nach dem Ende der Werkstatt erste Maßnahmen für Zwischennutzungen auf dem Gelände eingeleitet und es finden zahlreiche Gespräche statt, um eine angemessene organisatorische Basis für die Durchführung des ambitionierten Stadtentwicklungsprojektes herzustellen.

Gefährdung und Herausforderung

Erfolgreiche Bürgerbeteiligung mit dem Ziel einer integrierten Stadtentwicklung und Stadtplanung geht, wie ich gezeigt hatte, nicht ohne dass wichtige Voraussetzungen erfüllt werden. Deswegen möchte ich abschließend nochmals kurz auf die Gefährdungen eingehen. Die wichtigsten scheinen mir:

- Uneindeutigkeit bei den Verantwortlichen im Hinblick auf Freiräume für die Werkstätten und deren Ergebnisse. Hier können Frustrationen und Legitimitätsverluste bei der Bevölkerung entstehen.
- Fehlen einer angemessenen Kommunikations- und Beteiligungsstrategie im Anschluss an das Projekt, was ebenfalls einen Motivations- und Glaubwürdigkeitsverlust zur Folge hat.
- Unzureichende organisatorische Maßnahmen zur Sicherung eines professionellen Projektmanagement im Anschluss an die Werkstattergebnisse, so dass der eigentliche Entwicklungsimpuls versandet.

Last but not least geht es darum, *auf zwei Seiten zu lernen*.

Politik und Verwaltung können lernen, dass Bürgerbeteiligung die Chancen für eine effiziente und integrierte Stadtplanung und Stadtentwicklung fördert. Diese Erfahrung unterscheidet sich von der in herkömmlichen Bürgeranhörungen mit stadtbekanntem Nörglern und Bedenkenträgern gemachten.

Zum anderen müssen Bürger und Bürgerinnen lernen, dass sie nicht die planende Verwaltung ersetzen können, sondern dass sie auch weiterhin die schwächeren Partner in einem Dialog sind, der gleichwohl äußerst fruchtbar sein kann. Das Wissen darum, dass die schönen Visionen, die während der Bürgerbeteiligung entwickelt wurden, nicht eins zu eins umgesetzt werden können, muss sich erst allmählich entwickeln. Das gilt auch für die Einsicht darin, wie komplex und kompliziert die Handlungsbedingungen für alle Beteiligten sind. Je transparenter dies für die Menschen in der Kommune ist, desto stärker wird anstelle unnötiger Frustrationen das Interesse, gemeinsam das Beste für die Kommune bzw. den Stadtteil zu verwirklichen.

Schlussfolgerung

Bürgerbeteiligung, mit Augenmass und professionell betrieben, kann – so meine Schlussfolgerung – durchaus helfen, die Konsensbasis für eine integrierte Stadtentwicklung und Stadtplanung erheblich zu verbreitern. Die nicht zu unterschätzenden Risiken, die in solchen Prozessen stecken können, werden durch den möglichen ideellen und materiellen Ertrag mehr als gerechtfertigt.

Allerdings bedarf es als Erfolgsbedingung eines professionellen Managements und der Bereitschaft auf allen Seiten, sich Lernprozessen zu öffnen. Die Begeisterung, die sich bei gelungenen bürgerorientierten Projekten der Stadtentwicklung allenthalben spüren lässt, zeigt jedoch aus meiner Sicht eindeutig, dass die Menschen hierfür offen sind. Immer mehr Menschen in den Kommunen sind fruchtlose Kämpfe politischer Matadoren oder anonyme Verwaltungen mit Kommunikationsbarrieren aller Art leid. Sie möchten mitwirken an dem Ziel, den Ort, an dem sie leben, attraktiver und lebensfähiger zu machen. Bürgerbeteiligung – gut gemacht – erhöht insofern nicht nur die Identifikation der Menschen mit ihrer Stadt, sondern verbessert auch die Qualität der Ergebnisse und verbreitert die Basis für die wirtschaftliche, soziale und ökologische Zukunftsfähigkeit von Städten.

Neue kooperative Ansätze in der Stadtplanung in Bielefeld

Das Problem

- Fachliche Vielschichtigkeit der Stadtentwicklung (Belange der BauGB)
- Vielfältige, auch unkalkulierbare Trends
- Formale Verfahren vs. informelle Entscheidungsstrukturen
- Faktor Mensch
- System Politik und Finanzen

Folgen für die Stadtplanung

- Komplexität der Systeme sind kaum noch durch isolierte Planungs- und Analyseverfahren zu bewältigen
- Gefahr des Ausblendens wesentlicher Zusammenhänge, Entwicklungen, Trends, Fachwissen, Risiken
- Inkrementalismus in der Stadtplanung

Was brauchen wir?

- Zukunftsrobuste, marktfähige, realisierbare, attraktive TOP-Ergebnisse
- Integration unterschiedlicher Interessen
- Lösungen für Gesamtstadt, einzelne Themen oder Räume
- Stärkung von Vitalität, Lebensqualität, Wirtschaftskraft

Lösungsmöglichkeiten

- Gott-Vater-Planung
- Politischer Inkrementalismus
- Kooperative, kommunikative Planung mit allen relevanten Akteuren

Beispiele für kooperative Planungsansätze in Bielefeld

- Runder Tisch MVA
- Runder Tisch Detmolder Straße
- Runder Tisch Dürrkopp Tor 6
- Agenda 21 Prozeß (Arbeitsgruppen)
- Stadtbauwerkstatt

Die Stadtbauwerkstatt

- War eine Zukunftswerkstatt
- Zum Thema *Vitalisierung der städtischen Zentren*
- Ca. 80 unterschiedliche Akteure arbeiteten 4 Tage
- Mit externer Moderation

... ist ein mehrstufiges Verfahren

1. Kontextklärung
2. Zukunftsmarkt
3. Szenarientwicklung
4. Strategieentwürfe
5. Stadtmarketing
6. Projektwerkstätten
7. Projektmanagement

Vorbereitung: Kontextklärung

- Ziele der Werkstatt?
- Welche Interessen sind zu berücksichtigen?
- Wer muß einbezogen werden?
- Wer übernimmt welche Verantwortung?
- Welche Erfolgskriterien gelten?
- Welche Ressourcen stehen bereit?
- Mögliche Projektarchitektur?

Stufe 1: Zukunftsmarkt – Blick über den Tellerrand

- Pro Themenfeld ein Experte (externes Wissen) für Trends
- Themenfelder: Politik, Ökologie, Technik, Soziales, Ökonomie
- Trends wurden vernetzt, interaktive Elemente erzeugen produktives Arbeitsklima

Stufe 2: Szenarientwicklung

- Ziel: Erarbeitung von schlüssigen Zukunftsmodellen
- Aus Trends werden Schlüsselfaktoren identifiziert (kleiner Kreis mit Uni)
- Bewertung der Modelle zu stimmigen Zukunftsbildern

Stufe 3: Dialog mit den Betroffenen (bedarfsorientiert)

- Ziel: Suche nach einem nachhaltigen Konsens
- Was können die Teilnehmer zur Umsetzung beitragen?
- Was ist mangels Ressourcen, fehlendem Einfluß ... illusorisch?
- Was ist nicht bedacht worden?

Stufe 4: Projektwerkstatt „Vitale Zentren“

- Ziel: Entwicklungshorizonte, Leitstrategien
- Bielefeld – Eine Traumstadt
- Das Gesicht der Stadt
- Stadt der Vielfalt
- Die vernetzte Stadt
- Magnetfeld Stadt
- Viele vitale Stadtteile

Stufe 5: Projektmanagement – Ergebnisse heute

- Ziel: Wer macht was bis wann?
- Ist in der Verwaltung realisiert worden
- Orientierungsrahmen Stadtgestalt, Rahmenkonzept Stadtgestalt für RSK
- Altstadt – Erneuerung
- Einkaufsmagnete (EKZ), Messe / Ausstellungen
- Stadtteile Senne, Brake, Ubbedissen

Offene Projekte

- Bessere Vernetzung der Akteure
- Vielfalt der Magnete (z.B. Kultur, Freizeit / Sport, Business-„Virtual Valley“, Kinder-, Jugend-, Familien)
- Eindeutige Positionierung / Image der Stadtteile
- Konsens über integrierte Stadtvision

Bürgerbeteiligung und öffentliche Aufgaben

Für die Wahrnehmung und Bewältigung öffentlicher Aufgaben ist die Politik zuständig – und so soll es auch bleiben. Wer aber ist Politiker? Der Grundgedanke der Bürgerbeteiligung ist, dass in begrenztem Umfang und für befristete Aufgaben allen Bürgern das Recht zustehen sollte, sich an der Formulierung und Gestaltung öffentlicher Aufgaben zu beteiligen. Dieses Prinzip soll nicht die verfassungsmäßige Vertretung politischer Interessen durch gewählte Vertreter aushebeln, wohl aber ergänzen und kontrollieren. Die häufige Beobachtung, dass bei Politikern Parteiinteressen mehr zählen als der Einsatz für zukunftsweisende Lösungen, führt den Bürgern zu einem Gefühl der Politik- und Staatsverdrossenheit, zugleich aber auch zu einer erhöhten Bereitschaft, sich in Beteiligungsverfahren zu engagieren. Es geht Ihnen dann darum das lokale Wissen der Bürger und ihre Interessen vor Ort zur Sprache zu bringen. In vielen Fällen spielt zusätzlich das Expertenwissen von organisierten Interessenvertretern eine Rolle. Die Formen dieser Beteiligung gehen weit über die Stimmabgabe bei Wahlen, über das grundrechtlich verbrieftete Recht auf öffentlichen Protest (Versammlungsfreiheit) und über die Ja/Nein Entscheidungen in den von immer mehr Bundesländern zugelassenen Volksabstimmungen hinaus.

Wie ist solche Bürgerbeteiligung legitimiert? Da sie nicht Ergebnis von demokratischen Wahlverfahren ist, sondern auf themenspezifischem Engagement beruht, kommt der Einhaltung von Regeln der Offenheit und Fairness hier eine besondere Bedeutung zu. Bei allen Unterschieden in der Anlage der Beteiligungsformen – „Runde Tische“, Focusgruppen, Planungszellen, Mediation, Agenda21-Gruppen - spielen diese Verfahrensgesichtspunkte eine hervorragende Rolle, da andernfalls zu Recht der Verdacht auf undemokratische Kungelei und Durchsetzung von Sonderinteressen aufkommt.

Was kann Bürgerbeteiligung bewirken? Bindende politische Entscheidungen können Beteiligungsverfahren nicht treffen, jedenfalls nicht in Deutschland. Sie setzen sich damit häufig der Kritik aus, nur dazu da sein, die Wogen des Protests zu glätten und die Untätigkeit der Politik zu kaschieren. Insbesondere dann, wenn erarbeitete Empfehlungen von Bürgermeistern, Dezernten, Parteivorsitzenden und oder Ausschußvorsitzenden gnädig entgegen genommen und dann vergessen werden, entstehen Demotivierung und Frustration. Es wird dann die für eine aktive Bürgergesellschaft fatale Einstellung genährt, dass der Staat fest in den Händen der nur mit ihren Profilproblemen und Karrierepöstchen beschäftigten Parteienvertreter aufgeteilt ist. Es ist daher immer ratsam, jeweils mit den Vertretern der Parteien, den politischen Leitungsgremien und den Verwaltungleitern die Formen der Einflußnahme auszuhandeln und vorweg festzulegen. Nichts ist auf die Dauer schädlicher, als die Vorspiegelung eines Einflusses, der sich im entscheidenden Moment in Luft auflöst. Anders sieht dies natürlich in den Fällen aus, in denen Bürgerinitiativen konfrontativ auf Protest setzen. In diesen Fällen soll Politik unter Druck gesetzt und von ihrem Kurs abgebracht werden, indem ihr angesichts der Resonanz in der Bevölkerung und in den Medien kommen einen Schrecken eingejagt wird und Bedenken kommen. Die Zeit für Verhandlungen und für die Einrichtung von Beteiligungsverfahren kommt dann später.

Bei vielen konkreten Anlässen wird es nun darauf ankommen, zwischen beiden Zielen, dem ablehnenden Protest und der Gestaltung von Alternativen, eine Vermittlung zu finden. Nicht immer muß dies in Konfrontation mit Politik und Verwaltung geschehen, es können sich auch Koalitionen bilden, um gemeinsam den Sachverstand, das Interesse und die Legitimationsbasis für bestimmte Vorhaben zu stärken. Gerade für Agenda 21-Projekte könnte dieser Fall auftreten, da hier ja eine generelle politische Verpflichtung besteht,

bestimmte Vorgaben einzulösen. Bei dem Projekt um das es hier exemplarisch geht, der Gestaltung und Nutzung des Kesselbrink, wären diese Voraussetzungen auch gegeben – aber die Signale, die von den Vertretern der Parteien bisher ausgingen, können nicht sehr mutig stimmen. Die Ideenskizze und Grobplanung der Agenda-Gruppe bewegt sich in einem finanziellen Rahmen, der haushaltstechnisch zu bewältigen wäre, ist städtearchitektonisch attraktiv, unterstellt Bedarfskonstellationen, die nachvollziehbar sind und berücksichtigt beteiligte Interessen. Die Vertreter der Politik könnten also an dieser Stelle einen entscheidenden Schritt tun, um die bisherige Arbeit der Agenda an diesem Punkt aufzugreifen und fortzuführen. Es wäre dann daran zu denken, für die Unterstützung der Detailplanung und Konkretisierung der Nutzungsoptionen ein Beteiligungsverfahren aufzubauen, das der Gestaltung des Kesselbrink die öffentliche Aufmerksamkeit, Unterstützung durch Organisationen und Akzeptanz in der Bevölkerung verschaffen könnte, die für ein solches ehrgeiziges Projekt nötig sind.

Bedeutung öffentlicher Plätze im Wandel der Zeit

- 1. Definition:** Öffentliche Plätze befinden sich im Schnittpunkt von Straßen. Sie sind optisch gut wahrnehmbar, weiten den Raum auf, begrenzen ihn zugleich durch randliche Bebauung zu geschlossenen Ensembles. Idealtypisch entstehen so überschaubare Räume, Orte der Orientierung, der Begegnung, der kulturellen Kommunikation, der Identifikation, letztlich der Identität seiner Bewohner.
- 2. Beobachtung:** z.B. Kesselbrink vor 100 Jahren und heute:
 - Einst: strukturierter Platz mit Grünflächen und Bäumen. Heute: Versiegelung durch Beton und Asphalt mit Restgrün
 - Einst: Flächen für (alle) Menschen im Park. Heute: (Park-)Platz für ruhenden und fließenden Verkehr.
 - Einst: Ruhe, Beschaulichkeit, Muße, Begegnung. Heute: Hektik, Eile, Geschwindigkeit, Angst.
 - Einst: Treffen, Kommunizieren, Flanieren, Entspannung, Kontemplation. Heute: Eintönigkeit, Monofunktionalität.
- 3. Analyse:** Die Verödung und Monotonisierung des öffentlichen Raumes ist eine Folge zunehmender Funktionalisierung und Beschleunigung.
Ursachen:
 - Zwang zur Rendite. Bodenpreise diktieren die Nutzung und prägen das ökonomisch-funktionale Profil der modernen Stadt. Funktionale Entmischung des städtischen Gefüges in Teilräume für Dienstleistungen, Wohnen, Gewerbe, Freizeit und Erholung ist die Folge.
 - Funktionale Entmischung erzwingt Mobilität und Verkehr: Die fragmentierten Teilräume werden über den Verkehr mit einander verbunden.
- 4. Folgen:** Die öffentlichen Räume werden eingeengt, nicht motorisierte Teilnehmer am städtischen Leben an den Rand gedrängt (marginalisiert). Der öffentliche Raum wird privatisiert: Früher kostenlose öffentliche Begegnungen auf Straßen und Plätzen werden immer mehr vermarktet und kommerzialisiert. Dies setzt die Menschen unter Streß und führt zu Desensibilisierung.

„Die Geographie der modernen Stadt zusammen mit den neuen Technologien desensibilisieren den menschlichen Körper und höhlen die sinnliche Wahrnehmung und die körperliche Aktivität derart aus, daß die körperliche Anwesenheit von anderen allein schon genügt, um als Bedrohung des Selbst empfunden zu werden und dementsprechend als Anlaß und Auslöser von Haß und Gewalt angesehen werden können.“ (1995: 28)

- 5. Aspekte bürgerlicher Handlung:** Entwicklungen erfolgen nicht deterministisch. Bürgerschaftliches Engagement ist gefragt, kein Anpassen an nur scheinbar

systembedingte Entwicklungen. Es gilt in doppeltem Sinne (d.h. sowohl fachlich-gestalterisch als auch methodisch-verfahrensplanerisch): Auf den Mix kommt es an!

Die historische Entwicklung des Kesselbrinks

Von der Parzellierung der stadtumgebenden Feldmark, gegen Ende des 18ten Jahrhunderts, blieb der Kesselbrink ausgeschlossen. Noch heute ist er der einzige große Platz im Zentrum der Stadt.

Bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts lag der damalige Kötterbrink außerhalb der Stadtmauer und war Teil der Weide und der Gemeinschaftsflächen der Bielefelder Feldmark, welche im Gemeinbesitz der Bielefelder Bürgerschaft waren.

Im Jahre 1666 beschreibt Dr. Conrad Redecker die Entdeckung der Heilquelle auf dem Kesselbrink, welche alle Bevölkerungsschichten aus Stadt und Land anzog. Die Heilquelle hatte eine derartige Bedeutung, daß sich Bielefeld anschickte, Kurstadt zu werden.

Jedoch die Quelle versiegte und es blieb der Kötterbrink, weiterhin genutzt um den Dung der Tiere zu sammeln und diesen als Dünger im Ackerbau einzusetzen. Zu jener Zeit war jeder Bürger der Stadt verpflichtet mindestens ein Großvieh zu halten, um den Dung im Gemüsebau als Dünger einzusetzen und somit die Versorgung der Stadt mit Nahrungsmitteln zu gewährleisten.

Viehweide Kötterbrink um 1870

1713 wurde Bielefeld Garnisonsstadt. Prinz Georg von Hessen-Cassel ließ den Platz 1719 von seinem Regiment planieren, um ihn als Exerzierplatz zu nutzen.

Während der Markteilung, also der Parzellierung der Feldmark, von 1765-1818 wurde der Kesselbrink zum Zankapfel von Militär und Bürgerschaft. Das Militär berief sich auf sein Wohnheitsrecht, den Platz als Manöver- und Exerzierplatz zu nutzen, die Bürgerschaft hingegen forderte ihr Eigentumsrecht und somit ihr Entscheidungsrecht ein.

Exerzierplatz um 1900

Zuvor hatte sich jene Gebietsreform durch Zwietracht in der Bürgerschaft schon über einen langen Zeitraum hingezogen. Nach über 50 Jahren, im Jahre 1818, war die Parzellierung der Feldmark abgeschlossen und nur der Kesselbrink blieb im Gemeinbesitz der Bürgerschaft, durfte jedoch vom Militär genutzt werden. Diesem Kompromiß ist es zu verdanken, daß der Kesselbrink heute noch ein zusammenhängendes Grundstück im Gemeinbesitz ist und als Freiraum erhalten blieb.

Im Laufe des 19. Jahrhunderts wuchs die Besiedlung der Feldmark immer mehr an den alten Stadtkern heran. Damit veränderte sich auch die Umgebung des Kesselbrinks, der bald nicht mehr außerhalb, sondern inmitten des Stadtgebietes lag. Das ihn umgebende Häuserquadrat wurde immer größer und ließ ihn somit zu dem größten Bielefelder Innenstadtplatz werden.

An der Ecke zur Heeper Straße wurde 1848 die erste Bielefelder Turnhalle errichtet, noch heute erinnert der Name der Turnerstraße an diese Epoche. Ein pulsierendes Gasthausleben nahm seinen Anfang und viele Einzelhändler siedelten sich am

Kesselbrink an. Der Platz wurde zu einem Zentrum öffentlichen Lebens, zur Zirkusarena und zum Kirmesplatz der Bielefelder.

Vor dem ersten Weltkrieg wurde der Platz zu einer Grünanlage gestaltet. Umgeben von Straßen und Baumreihen wurde das Zentrum des Kesselbrinks weiterhin als multifunktionale Fläche genutzt. Bürger promenierte auf dem Platz, und man bezeichnete ihn als „Bielefelds einzige anmutige Fläche“.

Noch immer war der Platz nicht befestigt, was ihn im Winter nahezu unpassierbar machte und im Sommer zu erheblicher Staubbelastung führte. So entstand 1920 ein, für den mittlerweile zum Kaiser Wilhelm Platz umbenannten Kesselbrink, viel beachteter Bebauungsplan.

Entwurf des Kaiser Wilhelm Platzes 1920

Eine 6000 m² große Freifläche, eingeschlossen durch einen klassizistischen Gebäudekomplex, sollte den Platz neu gestalten. Max Nierich, Regierungsbaumeister Richard Woernle und Stadtrat bzw. Wohlfahrtsdezernent Gottlieb Bender planten den Gebäudekomplex als „Forum für Bielefeld“ mit einer Anzahl von allgemeinnützigen Einrichtungen, wie Schwimmbäder, Bibliothek, Haus der Bildung und Erziehung, Haus der Kunst sowie dem Haus der Arbeit und Wohlfahrt.

Aufgrund der Rezession kam der Plan nicht zur Ausführung und der Kaiser Wilhelm Platz geriet in Vergessenheit.

So entstand 1926 im Rahmen der Notstandsarbeiten, welche dem gleichen Zweck wie heutzutage die AB - Maßnahmen dienen, nämlich ein Heer von Arbeitslosen im öffentlichen Interesse zu beschäftigen, die bis dahin erste Gestaltung als repräsentative Innenstadtfläche. Mit relativ geringen Mitteln wurde unter der Regie Gartendirektor Meyerkamps eine parkähnliche barocke Platzanlage gestaltet.

Der Kesselbrink um 1930

Die Nationalsozialisten nutzten den großzügigen Platz in den 30er Jahren als Kundgebungs- und Paradenfläche. Im Kyffhäuser-Wirtshaus sammelten sie zwischen 1941 und 1942 die zu deportierenden Bevölkerungsschichten und Glaubensgruppen, wie Juden, Zigeuner, Homosexuelle oder auch politisch Andersdenkende. Während dieser Phase erlebte der Kesselbrink, gerade in seiner gestalterischen Blüte, Deutschlands schrecklichstes Geschichtskapitel sozusagen hautnah und auch ihm wurde in den darauffolgenden Kriegsjahren seine „anmutige“ Gestalt genommen.

Die barocke Platzanlage um 1936

Die Nationalsozialisten zerstörten den Platz und mißbrauchten ihn erneut, um Bunkeranlagen und Splittergräben für Kriegsgerät zu bauen.

Die den Platz umgebenden Baumreihen erhielten sie zum Zweck der Tarnung, diese wurden auch von den Bombardierungen in den späten Kriegsjahren verschont, wobei die angrenzenden Gebäude größtenteils zerstört wurden.

Nach dem Krieg wurde der Kesselbrink erneut zum Zentrum der Volksfestaktivitäten und des Schaustellergewerbes. Varieté, Boxveranstaltungen und andere Volksbelustigungen ließen den Platz und seine Umgebung Mitte der 50er Jahre zum

ostwestfälischen „Sündenbabel“ avancieren ,so daß sich einige Bürger, aufgrund skandalöser Ereignisse in den angrenzenden Wohngebieten genötigt sahen, sich in einem Brief an die Stadtverwaltung zu beschweren.

Kirmesplatz 1960

Ähnlich wie zu der Zeit um 1920 ist der Kesselbrink unbefestigt gewesen jedoch mit einer Lindendoppelreihe umgeben, einem Relikt der Umgestaltung in den 30er Jahren. Außerhalb der Veranstaltungen wurde er als Parkplatz genutzt.

Unbefestigter Parkplatz 1961

Die Baulücken, die durch die Bombadierungen während des Krieges entstanden waren, wurden als wilde Parkplätze genutzt, bis sie in den 50er Jahren geschlossen wurden. So entstand ein hoher Bedarf an Parkplätzen im innerstädtischen Raum, da zugleich die Zahl der Pendler auf über 40.000 anwuchs . Um dem Verkehrsproblem gerecht zu werden, begann man schon 1952 einen Generalverkehrsplan zu erstellen, welcher den Dringlichkeitsstufen entsprechend ausgeführt wurde.

Nach dem Ausbau des Straßennetzes galten die Bemühungen in den 60er Jahren dem ruhenden Individual- und öffentlichen Verkehr. Gleichmäßig auf das Innenstadtgebiet verteilt wurden 7 Parkhäuser mit einer Kapazität von 300 - 1000 PKW und einige kleinere Parkhäuser gebaut.

Die größte Bedeutung erhielt der Kesselbrink. Er liegt 250 m östlich des Hauptverkehrsknotenpunktes der Innenstadt, dem Jahnplatz, und damit ideal zum Einkaufs-, Gewerbe- und Verwaltungsviertel. Nach Fertigstellung der Tiefgarage und der oberirdischen Parkplätze entstand Platz für 1065 PKW. Gleichzeitig wurde der Busbahnhof angelegt, Drehscheibe des ÖPNV, mit 17 Bussteigen.

Wettbewerbsmodell, Anfang der 60er Jahre

Im Juni 1963, mit der Fertigstellung der 8,5 Millionen Mark teuren Baumaßnahme, erhielt der Kesselbrink sein noch heute vorhandenes Gesicht, jedoch hat er nicht mehr die verkehrspolitische Bedeutung wie in den 60er Jahren. 1000 Busse beförderten 60.000 Pendler über den Platz, 5000 Fahrzeuge wurden kurzfristig in der Tiefgarage bzw. auf den oberirdischen Parkplätzen abgestellt.

Die Anfang des Jahrhunderts gepflanzten Baumreihen wurden für diese Baumaßnahme ersatzlos entfernt, so daß selbst ein alteingesessener Bielefelder den Kesselbrink nicht wiedererkannte. Seine Umgestaltung zur Verkehrsdrehscheibe Bielefelds ist ausschließlich nach pragmatischen Gesichtspunkten durchgeführt worden, Ästhetische Überlegungen, die in der Vergangenheit die Umgestaltungskonzepte beherrschten, spielten keine Rolle mehr.

Projekt Kesselbrink

Jeder kennt ihn, jeder findet ihn hässlich - den Bielefelder Kesselbrink. Seit zwei Jahren arbeitet die AG Stadtentwicklung an einem Konzept zur Umgestaltung dieser 2 Hektar großen Fläche im Herzen Bielefelds.

BürgerInnen und Gewerbetreibende rund um den Kesselbrink wurden aktiv an der Konzeption beteiligt. Exemplarisch werden an diesem konkreten Projekt verschiedene Grundsätze nachhaltiger Stadtentwicklung im Sinne der Agenda 21 aufgezeigt.

Grundgedanke ist, die innerstädtische Lebensqualität in Bielefeld zu verbessern. Die Neugestaltung des Kesselbrinks hat das Ziel, eine nahbereichsorientierte und vielfältig nutzbare Freifläche in der Bielefelder City zu schaffen. Dabei müssen ökologische, ökonomische, soziale und kulturelle Aspekte miteinander verknüpft werden. Ein so umgestalteter Kesselbrink wirkt dem Trend zur Stadtflicht, der besonders bei Familien mit Kindern ausgeprägt ist, entgegen.

Das Konzept beruht auf drei diagonalen Wegeverbindungen, die den Platz in verschiedene Einzelflächen aufteilen. Auf diesen Flächen werden unterschiedliche Aktivitäten ermöglicht. So ist an eine Boulebahn und an Plätze zum Verweilen genauso gedacht wie an die Skater, die schon heute auf dem Kesselbrink aktiv sind. Die Wege sind durch bepflanzte Hochbeete und Sitzgelegenheiten gekennzeichnet. Außerdem sollen sie auch an Markttagen frei bleiben, um Fußgängern und Radfahrern ständig die Möglichkeit zu geben, auf dem kürzesten und sichersten Weg über den Platz zu gelangen.

Auf dem Kesselbrink soll in Zukunft fast alles möglich sein - von der Kleinkunstabühne über Spielfelder, Markttag bis zu einem Speaker's Corner - nur eines nicht: das Parken von Autos. Die können sich auf die Tiefgarage und die umliegenden Parkhäuser oder auf neu zu schaffende Kurzzeitparkplätze rund um den Kesselbrink verteilen! Die Lebensqualität der BewohnerInnen der bestehenden und geplanten angrenzenden Wohngebiete (August-Bebel-Straße und Seitenstraßen, Dürkopp Tor 1/6, Schlachthofviertel) wird nachhaltig verbessert.

Aufgrund des großen Bekanntheitsgrades, weit über Bielefelds Grenzen hinaus, würde ein attraktiv gestalteter Kesselbrink sich positiv auf das Profil der Stadt auswirken.

Ausblick auf die weitere Gestaltung

1. **Ich werde der Versuchung widerstehen, meiner Fantasie freien Lauf zu lassen.**
Februar-Veranstaltung der NW (⇒ Ringel), Darstellungsbedürfnis lokaler Promis, ...
2. **Die große Lösung zur Umgestaltung des Kesselbrinks wird es in absehbarer Zeit nicht geben.**
Schlechte städtebauliche Voraussetzungen: ⇒ Verkehrsführung, ⇒
"Randbebauung"
Andere städtebauliche Schwerpunkte, Stadtentwicklung im Umbruch
Die großen Investoren bzw. die zündende Nutzung sind nicht in Sicht
Einschränkung der Gestaltungsmöglichkeiten durch die Tiefgarage (⇒ Begrünung)
...
3. **Für die Bebauung der Fläche des Kesselbrink-Bades wird ein überzeugendes Konzept benötigt, das positiv auf die künftige Nutzung des Kesselbrinks ausstrahlt.**
Keine investoren-orientierten Schnellschüsse, Fortschreibung der Sanierungsziele nach altem Wettbewerbsergebnis fragwürdig ...
4. **Dem Kesselbrink sollte – zunächst – sein ursprünglicher Charakter als Freifläche zurückgegeben werden.**
 - (a) **Der Anfang für einfache Verbesserungen ist gemacht.**
Gremienabschlüsse zur Umgestaltung der Zufahrten und des „Lochs“ vor der Volksbank, Pavillon, Grünbepflanzung, Zeitplan
 - (b) **Wir brauchen einen Konsens, den Kesselbrink weitgehend von PKW-Stellplätzen zu befreien.**
„Heilige Kuh“ Stellplatz, echter Parkplatz-Abbau oder Verlagerung, Rückbau Friedrich-Verleger-Str. ...
 - (c) **Der Wochenmarkt kann, muß aber nicht auf dem Kesselbrink bleiben.**
Frage hochstilisiert / irrational, Wochenmarkt inmitten des Blechs, gestalterische und Angebotsmängel, kein „Kleinod“
 - (d) **Die Vorschläge der Agenda-Gruppe sind eine anregende Grundlage für die Umgestaltung mit einfachen Mitteln.**
Grünachse Fr.-Verleger-Str., grüne Freifläche gegenüber dem Polizei-Präsidium, Wegeverbindungen über den Platz ...

Die Ravensberger Spinnerei

1968 erwirbt die Stadt Bielefeld für 6 Mill. DM die Gebäude und das gesamte Gelände der Ravensberger Spinnerei, um einen wichtigen Teil der schon 1954 entwickelten Verkehrsplanung zu verwirklichen – „die City-Osttangente“, ein vierspuriger Ausbau der Teutoburger Straße und deren Verlängerung bis an die Herforder Straße. Die Heeper Straße sollte in diesem Zusammenhang begradigt und ebenfalls ausgebaut mit der Osttangente ein Straßenkreuz direkt auf der Fläche des Spinnereigebäudes bilden. Dieses Teilstück eines städtischen Tangentennetzes sollte mit dem später realisierten Ostwestfalendamm der Bielefelder Innenstadt ein zeitgemäßes und autogerechtes Gesicht verschaffen, bei dem der Verkehrsfluß oberste Priorität besaß.

Ab 1971 steht die Ravensberger Spinnerei leer. Architekturstudenten der ehemaligen Werkkunstschule durchstreifen im Rahmen eines Städtebau-Projektes den Bielefelder Osten und „entdecken“ sie, ihre Bedeutung und ihre Bedrohung.

Im Dezember 1971 gründet sich die Bürgerinitiative zur Rettung der Ravensberger Spinnerei. Hauptsächlich junge Leute aus dem politischen Spektrum von SDAJ bis Junge Union engagieren sich. Sie bekommen Unterstützung vom Bielefelder Kunstverein.

Ein langer Kampf beginnt, alle Ratsfraktionen sind für den Abriß, ebenso die städtische Verwaltung. Mit immer neuen Verhinderungsattacken versuchen sie, die Initiativen klein zu kriegen.

Aber immer neue Menschen und Gruppierungen erreichen schließlich 1976 die Zurücknahme des Abrißbeschlusses. Ein architektonisches Zeugnis der frühen Bielefelder Industriegeschichte bleibt erhalten und bekommt eine neue kulturpolitisch sinnvolle Nutzung.

Auf ein verkehrspolitisch unbedingtes Muß wurde verzichtet.

Bei heutigen Auseinandersetzungen um Autobahntrassen wie z.B. der A33 haben fachliche, d.h. Naturschutz-Argumente anscheinend keine Chancen.

Ist heute Verkehrspolitik noch stärker eine reine Machtfrage geworden?

Folgende Diskussionspapiere können Sie bei Bielefeld 2000plus gegen Erstattung der Druck- und Portokosten anfordern oder als pdf-Datei auf der Webseite von Bielefeld 2000plus unter www.uni-bielefeld.de/bi2000plus/veroeffentlichungen.html beziehen:

Nr. 1:

Prof. Dr. Thorsten Spitta, 1997, Universität Bielefeld:
IV-Controlling im Mittelstand Ostwestfalens - Ergebnisse einer Befragung

Nr. 2:

Prof. Dr. Herwig Birg, 1998, Universität Bielefeld:
Nationale und internationale Rahmenbedingungen der Bevölkerungsentwicklung Bielefelds im 21. Jahrhundert

Nr. 3:

Dr. Bernd Adamaschek, 1998, Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh:
Zwischenbehördliche Leistungsvergleiche - Leistung und Innovation durch Wettbewerb

Nr. 4:

Prof. Dr. Hermann Glaser, 1998, Technische Universität Berlin, ehem. Kulturdezernent der Stadt Nürnberg:
Der ästhetische Staat - Arbeit und Arbeitslosigkeit, Tätigkeitsgesellschaft

Nr. 5:

Dipl.-Kfm. Ralf Wagner, Dipl.-Kffr. Claudia Bornemeyer, cand. rer. pol. Stephan Kerkojus, 1999, Universität Bielefeld:
Imageanalyse des Bielefelder Einzelhandels

Nr. 6:

Prof. Dr. Helge Majer, 1999, Universität Stuttgart:
Die Ulmer Lokale Agenda 21 und der Beitrag der Wirtschaft

Nr. 7:

Prof. Dr. Franz Lehner, 1999, Institut für Arbeit und Technik Gelsenkirchen:
Zukunft der Arbeit

Nr. 8:

Prof. Dr. U. Schulz, Dr. H. Kerwin, 1999, Universität Bielefeld:
Fahrradpotential in Bielefeld

Nr. 9:

Dr. Werner Müller, 1999, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:
Politische und administrative Rahmenbedingungen zur Stützung und Förderung der Biotechnologielandschaft in der Bundesrepublik Deutschland

Nr. 10:

Dipl.-Soz. Katrin Golsch, 2000, Universität Bielefeld:
Im Netz der Sozialhilfe - (auf-)gefangen?

Nr. 11:

Prof. Dr. Franz-Xaver Kaufmann, 2000, Universität Bielefeld:
Der deutsche Sozialstaat in international vergleichender Perspektive

Nr. 12:

Prof. Dr. Helmut Skowronek, 2000, Universität Bielefeld:
Universitäten heute

Nr. 13:

Prof. Dr. Werner Hennings, 2000, Oberstufen-Kolleg der Universität Bielefeld:
Nachhaltige Stadtentwicklung in Bielefeld?

Nr. 14:

Prof. Dr. Joachim Frohn, 2000, Universität Bielefeld:
Umweltpolitik und Beschäftigungswirkungen

Nr. 15:

Einige Beiträge zur Stadtentwicklung. 2000, Universität Bielefeld